

Einkaufsbedingungen der Helmut Hund GmbH

§ 1 Geltung der Bedingungen

(1) Für alle Bestellungen von Produkten sowie Bezug von Leistungen gleich welcher Art der Helmut Hund GmbH (nachfolgend: „Besteller“) und dem Lieferanten gelten ausschließlich die nachfolgenden Einkaufsbedingungen. Als Lieferant wird nachfolgend auch der Werkunternehmer, Dienstleister und sonstige Vertragspartner bezeichnet. Entgegenstehende oder von diesen Einkaufsbedingungen abweichende Bedingungen des Lieferanten erkennt der Besteller nicht an, es sei denn er stimmt ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zu.

(2) Die Einkaufsbedingungen des Bestellers gelten auch für alle künftigen Geschäfte mit dem Lieferanten, auch wenn sie nicht nochmals ausdrücklich vereinbart werden. Die Ausführung der Bestellung gilt als Anerkennung dieser Bedingungen.

(3) Bestellungen und Vereinbarungen sind nur gültig, wenn und soweit sie von dem Besteller schriftlich erteilt oder schriftlich bestätigt wurden. Mündliche Verabredungen bedürfen der schriftlichen Bestätigung. Soweit zwischen dem Besteller und dem Lieferanten ausdrücklich vereinbart, genügt eine Datenfernübertragung zur Wahrung des Schriftformerfordernisses.

(4) Die Einkaufsbedingungen des Bestellers gelten auch dann, wenn er in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen Einkaufsbedingungen abweichender Bedingungen des Lieferanten die Lieferung oder die Leistung des Lieferanten vorbehaltlos annimmt.

§ 2 Bestellung und Auftragsbestätigung

(1) Die den Bestellungen beigelegten technischen Unterlagen, Berichte, Ideen, Entwürfe, Modelle, Muster, Zeichnungen, Artikelgeometrien sowie die Werkspezifikationen und sonstigen Angaben des Bestellers sind wesentlicher Bestandteil der Bestellungen. Der Lieferant wird die erforderlichen Dokumentationsunterlagen nach den Vorgaben des Bestellers mitliefern. Der Lieferant wird auf Anforderung des Bestellers alle Angaben über die Zusammensetzung des Liefergegenstandes machen, soweit dies für die Erfüllung behördlicher Auflagen sowie zur Erfüllung der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen am Auslieferungsort erforderlich ist.

(2) Der Besteller kann die Bestellung widerrufen, wenn der Lieferant sie nicht innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Eingang schriftlich angenommen hat (Auftragsbestätigung).

(3) Weicht die Auftragsbestätigung oder das Angebot von der Bestellung ab, so ist der Besteller nur gebunden, wenn er der Abweichung schriftlich zugestimmt hat. Die Annahme von Lieferungen oder Leistungen, sowie Zahlungen bedeuten keine Zustimmung. Der Lieferant hat den Besteller auf Abweichungen von der Bestellung ausdrücklich hinzuweisen.

(4) Der Lieferant ist verpflichtet, vor Arbeitsbeginn sämtliche zur Auftragsbefreiung notwendigen Informationen, wie z.B. die zu verwendenden Zeichnungen, EDV-Systeme und –Programme einzuholen.

(5) Die Weitergabe von Aufträgen an Dritte ist ohne schriftliche Zustimmung des Bestellers unzulässig und berechtigt den Besteller ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten, sowie Schadensersatz zu verlangen. Bei Zustimmung durch den Besteller gilt der Dritte als Erfüllungshelfer des Lieferanten. Änderungen oder Ergänzungen der Bestellung sind nur wirksam, wenn sie vom Besteller schriftlich bestätigt sind.

(6) Mehr- oder Minderlieferungen sowie Teillieferungen sind nur mit einer schriftlichen Zustimmung des Bestellers zulässig.

§ 3 Preise

(1) Der in der Bestellung ausgewiesene Preis ist bindend. Es gelten die vereinbarten Preise zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Mehrwertsteuer.

(2) Mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung schließt der Preis die Lieferung „frei Haus“ ein. Die Transport-, Versand- und Verpackungskosten, Versicherungen, Zölle, Steuern, etc. gehen zu Lasten des Lieferanten. Die Rückgabe der Verpackung bedarf einer besonderen Vereinbarung.

(3) Bei Preiststellung ab Werk oder ab Verkaufslager des Lieferanten ist zu den jeweils niedrigsten Kosten zu versenden, soweit der Besteller keine bestimmte Beförderungsart vorgeschrieben hat. Mehrkosten wegen nicht eingehaltener Versandvorschriften gehen zu Lasten des Lieferanten.

§ 4 Lieferzeit

(1) Die in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend und läuft, sofern kein Fixtermin vereinbart wurde, vom Datum des Bestelltages an.

(2) Der Lieferant ist verpflichtet, den Besteller unverzüglich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder ihm erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass der Lieferant seine vertragliche Verpflichtung ganz oder teilweise nicht oder nicht rechtzeitig erfüllen kann. Unterlässt der Lieferant die Mitteilung, so kann er sich auf das Hindernis dem Besteller gegenüber nicht berufen.

(3) Erfüllt der Lieferant nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit, ist der Besteller berechtigt, pauschalierten Verzugschaden in Höhe von 1 % des ausstehenden Lieferwertes pro angefangener Woche, höchstens jedoch 5 % des Auftragswertes, zu berechnen. Die Geltendmachung eines höheren Schadens bleibt dem Besteller, der Nachweis eines niedrigeren Schadens dem Lieferanten vorbehalten. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§ 5 Gefahrübergang

Die Gefahr geht über mit der Lieferung „frei Haus“, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart worden ist. Bei Lieferungen mit Aufstellung oder Montage und bei Leistungen geht die Gefahr mit der Abnahme, bei Lieferungen ohne Aufstellung oder Montage mit dem Eingang bei der vom Besteller benannten Empfangsstelle über.

§ 6 Mängeluntersuchung und Gewährleistung

(1) Der Lieferant steht dafür ein, dass seine Lieferungen und Leistungen die vereinbarte Menge und Beschaffenheit besitzen, sowie der übernommenen Garantie und den anerkannten Regeln der Technik entsprechen.

(2) Der Lieferant garantiert, dass sämtliche Lieferungen und Leistungen dem neuesten Stand der Technik und sämtlichen einschlägigen rechtlichen Bestimmungen entsprechen. Sind im Einzelfall Abweichungen von diesen Vorschriften notwendig, muss der Lieferant hierzu die schriftliche Zustimmung des Bestellers einholen. Der Lieferant garantiert darüber hinaus, bei seinen Lieferungen bzw. Leistungen im Rahmen der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten umweltfreundliche Produkte und Verfahren einzusetzen. Ferner garantiert der Lieferant die Umweltverträglichkeit der gelieferten Produkte und Verpackungsmaterialien.

(3) Der Lieferant garantiert darüber hinaus, dass seine Lieferungen und Leistungen die Vorgaben der RoHS-Richtlinie (EU) sowie der PFOS-Richtlinie (EU) erfüllen. Maßgeblich sind die Richtlinien der Europäischen Union in der zum Zeitpunkt der Lieferung bzw. Leistung gültigen Fassung.

(4) Die Haftung des Lieferanten erstreckt sich stets auf Vorsatz und jede Form der Fahrlässigkeit.

(5) Die Gewährleistungsansprüche des Bestellers für Lieferungen und Leistungen verjähren soweit diese entsprechend ihrer üblichen Verwendung für den Einbau in ein Bauwerk bestimmt sind in fünf Jahren, im Übrigen in drei Jahren beginnend mit Gefahrübergang.

Abweichend hiervon beginnt die Gewährleistungsfrist erst mit Abnahme des Gesamterwerkes durch den Hauptauftraggeber, wenn es sich bei der Leistung des Lieferanten um einen Teil eines Gesamterwerkes des Bestellers handelt und die vertragsgemäße Beschaffenheit der Leistung des Lieferanten nicht isoliert betrachtet werden kann. Im Übrigen beginnt die Gewährleistungsfrist für Subunternehmerleistungen des Lieferanten mit der Abnahme des Gesamterwerkes des Bestellers durch den Hauptauftraggeber, spätestens aber 6 Wochen nach Fertigstellung der Leistung des Lieferanten.

(6) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB), mit folgender Maßgabe: Die Untersuchungsfrist des Bestellers beschränkt sich auf Mängel, die bei der Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere sowie der Qualitätskontrolle des Bestellers im Stichprobenverfahren offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung). Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist. Die Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. In allen Fällen gilt eine Rüge (Mängelanzeige) des Bestellers als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 14 Kalendertagen beim Lieferanten eingeht.

(7) Sollte die Verpackung beschädigt sein ist der Besteller berechtigt, die Annahme ohne weitere Untersuchung des Produktes zu verweigern und an den Lieferanten zurückzusenden. Die Rücksendung erfolgt für Rechnung und auf Gefahr des Lieferanten. Ein Übergang der Gefahr auf den Besteller erfolgt in Abweichung zu § 5 nicht.

(8) Bei Vorliegen eines Mangels innerhalb der ersten 6 Monate ab Lieferung wird widerleglich vermutet, dass der Mangel bereits bei Gefahrübergang vorlag.

(9) Die gesetzlichen Gewährleistungsansprüche sowie jegliche Schadensersatzansprüche stehen dem Besteller in vollem Umfang zu.

(10) Der Lieferant ist verpflichtet, Regressansprüche unverzüglich nach Geltendmachung durch den Besteller bei seinen Vorlieferanten anzumelden und diese Regressansprüche an den Besteller erfüllungshalber abzutreten. Er hat zudem die Abtretung dem Vorlieferanten unverzüglich anzuzeigen. Unabhängig hiervon bleibt die eigene Verpflichtung des Lieferanten gegenüber dem Besteller bestehen.

(11) Auf die Rückgriffsansprüche des Bestellers wegen mangelbehafteter Ware findet die gesetzliche Regelung (§§ 478, 479 BGB) mit der Maßgabe Anwendung, dass dem Besteller Rückgriffsansprüche auch dann zustehen, wenn es sich nicht um einen Verbrauchsgüterkauf handelt. Weiterhin verjähren die Rückgriffsansprüche des Bestellers abweichend von § 479 Abs. 2 BGB frühestens nach 6 Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem der Besteller die Ansprüche seines Abnehmers erfüllt hat.

§ 7 Produkthaftung und Freistellung

(1) Soweit der Lieferant für einen Produktschaden bei dem Besteller oder einem Dritten verantwortlich ist, ist er verpflichtet, dem Besteller den Schaden zu ersetzen, bzw. ihn insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist.

(2) Im Rahmen seiner vorstehenden Haftung für Schadensfälle ist der Lieferant auch verpflichtet, etwaige Aufwendungen gemäß §§ 683, 670 BGB oder gemäß §§ 830, 840, 426 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer vom Besteller durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen wird der Besteller den Lieferanten – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Unberührt bleiben sonstige gesetzliche Ansprüche.

§ 8 Schutzrechte

(1) Der Lieferant steht dafür ein, dass im Zusammenhang mit seiner Lieferung oder Leistung keine Rechte Dritter verletzt werden. Wird der Besteller von einem Dritten aus diesem Grund in Anspruch genommen, so ist der Lieferant verpflichtet, den Besteller auf erstes schriftliches Anfordern von diesen

Ansprüchen freizustellen. Die Freistellungspflicht des Lieferanten bezieht sich auf alle Aufwendungen, die dem Besteller aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendigerweise erwachsen.

(2) Der Besteller ist auch berechtigt, auf Kosten des Lieferanten vom Inhaber der Schutzrechte die erforderlichen Genehmigungen zur Lieferung, Inbetriebnahme, Benutzung, usw. zu beschaffen.

(3) Die Absätze (1) und (2) gelten nicht, wenn und soweit die Verletzung von Rechten Dritter auf kundenspezifische Vorgaben des Bestellers (Zeichnungen o.ä.) beruht.

§ 9 Eigentumsvorbehalt, Werkzeuge, Formen, Muster, Verwendung von Wort- und Bildmarken

(1) Erweiterte Eigentumsvorbehalte erkennt der Besteller nicht an. Gleiches gilt für vertragliche Verpfändungen der Ansprüche gegen die Abnehmer des Bestellers im Rahmen eines verlängerten Eigentumsvorbehaltes.

(2) Materialbestellungen bleiben Eigentum des Bestellers und sind unentgeltlich getrennt zu lagern, zu bezeichnen und zu verwalten. Die Verwendung ist nur für Aufträge des Bestellers zulässig. Bei Wertminderung oder Verlust ist vom Lieferant Ersatz zu leisten. Auf Verlangen ist dem Besteller eine Aufstellung der Materialien zu übergeben.

Der Besteller ist berechtigt, sich nach vorheriger Ankündigung während der üblichen Geschäftszeiten vor Ort im Werk des Lieferanten davon zu überzeugen, dass der Lieferant seinen Pflichten aus Abs. (2) nachgekommen ist bzw. nachkommt.

(3) Verarbeitung oder Umbildung des Materials durch den Lieferanten erfolgt für den Besteller. Wird die Vorbehaltsware mit anderen, nicht dem Besteller gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwirbt der Besteller das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Sachen des Bestellers zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung.

(4) An allen für den Lieferanten angefertigten, bzw. ihm überlassenen Abbildungen, Kostenschätzungen, Zeichnungen, Mustern, Modellen, Formen, Profilen, Normblättern, Berechnungen, Werkzeugen, usw. behält sich der Besteller das Eigentums- und Urheberrecht vor. Sie dürfen ebenso wie danach hergestellte Gegenstände, ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung des Bestellers nicht kopiert, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Sie sind ausschließlich zur Fertigung zu verwenden. Sie sind gegen unbefugte Einsichtnahme und Verwendung zu sichern und Dritten gegenüber geheim zu halten. Nach Abwicklung der Bestellung sind sie dem Besteller unaufgefordert kostenfrei zurückzugeben.

(5) Vorbehaltlich weiterer Rechte kann der Besteller die Herausgabe verlangen, wenn der Lieferant diese Pflichten verletzt.

(6) Auf Drucksachen, Entwürfen usw. darf der Name oder das Firmenzeichen (Wort- oder Bildmarke) des Lieferanten oder Herstellers nur mit schriftlicher Zustimmung des Bestellers angegeben werden.

§ 10 Geheimhaltung

(1) Der Lieferant verpflichtet sich, sämtliche Informationen und Daten, die den Besteller betreffen und ihm im Verlaufe der Erfüllung oder Durchführung eines Vertragsverhältnisses mit dem Besteller bekannt werden, an Dritte weder weiterzugeben noch sonst zugänglich zu machen.

(2) Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gemäß Abs. (1) gilt nicht, wenn

- a) die Informationen und Daten der Öffentlichkeit frei zugänglich werden;
- b) der Lieferant für den konkreten Einzelfall die schriftliche Zustimmung zur Weitergabe der Informationen und Daten an Dritte von dem Besteller erteilt hat;
- c) der Lieferant die Kenntnis über die Informationen und Daten von einem Dritten erlangt hat, sofern der Dritte rechtmäßig in den Besitz der Informationen gelangt ist und durch die Weitergabe nicht gegen eine ihn bindende Vertraulichkeitsverpflichtung verstößt;
- d) der Lieferant zur Offenlegung der Informationen und Daten durch den Beschluss eines Gerichts, der Anordnung einer Behörde oder sonstigen Einrichtung oder gesetzlich verpflichtet ist.

(3) Der Lieferant trägt die Beweislast für das Vorliegen einer Ausnahme von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit gemäß Abs. (2).

(4) Der Lieferant ist verpflichtet, seine Mitarbeiter oder Subunternehmer ebenfalls zur Verschwiegenheit i.S.v. § 10 durch schriftlichen Vertrag zu verpflichten, sofern diese im Rahmen ihrer Tätigkeit Zugang zu den Informationen und Daten gemäß Abs. (1) benötigen.

§ 11 Rechnungserteilung

(1) Die Rechnung ist unter Angabe der in der Bestellung ausgewiesenen Bestellnummer in zweifacher Ausfertigung und den Anforderungen des § 14 UStG entsprechend einzureichen.

(2) Geht die Rechnung später als die Ware ein, so ist für die Berechnung der Skontofrist statt des Eingangstages der Ware der Eingangstag der Rechnung maßgebend. Sofern nicht ausdrücklich Teillieferungen vereinbart sind, ist für jede Bestellung eine Gesamtrechnung nach vollständiger Auslieferung zu erstellen.

(3) Forderungen gegen den Besteller dürfen nur mit seinem schriftlichen Einverständnis abgetreten werden.

§ 12 Zahlungen

(1) Zahlungen erfolgen, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, innerhalb von 20 Kalendertagen unter Abzug von 3% Skonto, oder innerhalb von 30 Kalendertagen netto.

(2) Die Zahlungsfrist beginnt, sobald die Lieferung oder Leistung vollständig erbracht oder die Abnahme erfolgt ist und die gemäß § 11 ordnungsgemäß ausgestellte Rechnung eingegangen ist.

(3) Skontoabzug ist auch zulässig, wenn der Besteller aufrechnet oder Zahlungen in angemessener Höhe auf Grund von Mängeln zurückhält; die Zahlungsfrist beginnt nach vollständiger Beseitigung der Mängel.

(4) Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem Besteller in gesetzlichem Umfang zu.

§ 13 Erfüllungsort, anwendbares Recht, Gerichtsstand und Sonstiges

(1) Erfüllungsort für die Lieferungen und Leistungen ist die vom Besteller benannte Empfangsstelle. Der Erfüllungsort ist der Geschäftssitz des Bestellers. Für diese Einkaufsbedingungen und die gesamten Rechtsbeziehungen zwischen Besteller und Lieferant gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG).

(2) Soweit der Lieferant Kaufmann i. S. des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, ist der Sitz des Bestellers ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten.

(3) Sollte eine Bestimmung in diesen Einkaufsbedingungen oder eine Bestimmung im Rahmen sonstiger Vereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Wirksamkeit aller sonstigen Bestimmungen oder Vereinbarungen nicht berührt.